

**Protokoll**  
**Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**  
**04.10.2012 (letzte Sitzung: 04.09.2012)**

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal
Beginn	13:07 Uhr 16:22 Uhr
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Tumpel Präs (Vorsitz) Bacher-Lagler VP Lehner VP Stein VP (entschuldigt) Utzig VP Blauensteiner Brantner Fetik Foglar Kniezanrek Ledwinka Stranzl Teiber Kludak Pöttl Tamandl (entschuldigt) Rösch (entschuldigt) Schütz (entschuldigt) Paiha (entschuldigt)
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzko BL Chaloupek BL (entschuldigt) Kundtner DirStv Trenner BL (entschuldigt)
Vom Büro	Stockerer (Betriebsrat) Blum Marcon (Betriebsrat) (entschuldigt) Mitterlehner Mulley (Protokoll)
zum TOP 2.1	Hobek (GLB)
zum TOP 2.2	Rasch (Vors KontrollIA)

## **Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 04.10.2012**

### **1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2012**

### **2 Beschlüsse**

- 2.1 Behandlung der dem Vorstand zugewiesenen Anträge der 157. VV
- 2.2 Budgetvoranschlag 2013
- 2.3 Subvention 2012
- 2.4 Zuwendung nach § 6 AKG – Unterstützung an Gewerkschaft PRO-GE und ÖGB, Mietverträge Beratungszentren
- 2.5 Einzahlung in die Pensionskasse
- 2.6 Tagesordnung für die 158. VV am 17.10.2012
- 2.7 Einrichtung eines neuen Fachausschusses „Bewachung und Sicherheit“ (VIDA)
- 2.8 Neuvergabe des Herstellungsvertrages AK FÜR SIE

### **3 Berichte**

#### **3.1 Bericht des Präsidenten – Tumpel**

#### **3.2 Bericht des Direktors – Muhm**

- 3.2.1 Aktueller Bericht

#### **3.3 Beratung – Trenner**

- 3.3.1 Eröffnung des neuen Beratungszentrums Ost 14.09.2012
- 3.3.2 Aktueller Bericht

#### **3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**

- 3.4.1 Optionenmodell bei der Einführung der teilzentralen Matura
- 3.4.2 Evaluierung der Berufsorientierungsmaßnahmen
- 3.4.3 Studiengebühren für Drittstaatsangehörige und „Langzeitstudierende“
- 3.4.4 Stadtentwicklungsplan (STEP) 2014
- 3.4.5 Städtebauliche Akzente durch Headquarter-Projekte
- 3.4.6 Studie Geodatennutzung bei Handys
- 3.4.7 Konsumentenberatung und Klagsaktivitäten: Halbjahresstatistik 2012
- 3.4.8 Aktueller Bericht

#### **3.5 Information - Ficzkó**

- 3.5.1 Metall-Branche: Gewinne steigen weiter
- 3.5.2 Aktueller Bericht

#### **3.6 Soziales – Kundtner**

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – August 2012 → Tischvorlage: September 2012
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Juli und August 2012
- 3.6.3 Erfolgsbericht der AN-Kurie im Förderausschuss des AMS-Verwaltungsrates 2011
- 3.6.4 Psychotherapie
- 3.6.5 Novelle zum Arbeitskräfteüberlassungsgesetz
- 3.6.6 Präventionsoffensive
- 3.6.7 Veranstaltungen
- 3.6.8 Aktueller Bericht

#### **3.7 Wirtschaft – Chaloupek**

- 3.7.1 Herbstveranstaltungen des AK EUROPA Büros in Brüssel
- 3.7.2 Soziale Dimension stärken – Einbindung der Sozialpartner in den STRAT.AT 2020 Prozess
- 3.7.3 Arbeitsgespräche mit deutschem Bundeskartellamt
- 3.7.4 Aktueller Bericht

### **4 Allfälliges**

**Tumpel** begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 04.10.2012 wird genehmigt.  
→ einstimmig angenommen**

## **1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2012**

**Tumpel** ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2012.

**Beschluss:**

**Das Protokoll der Sitzung vom 04.09.2012 wird genehmigt.  
→ einstimmig angenommen**

## **2 Beschlüsse**

### **2.1 Behandlung der dem Vorstand zugewiesenen Anträge der 157. VV**

**Hobek**, der zu diesem TO eingeladen wurde, erläutert die Intentionen des Antrages. Nachdem bereits immer mehr Sitzungen diverser Körperschaften und Gremien (etwa Wiener Gemeinderat) ins Internet übertragen werden, wäre es wichtig auch die Vollversammlungen der AK Wien ins Netz als livestream zu stellen, zumal dann interessierte ArbeitnehmerInnen verfolgen könnten, was die AK politisch für Forderungen hat und wie sie damit umgeht.

**Tumpel** macht darauf aufmerksam, dass diese Frage mit den Länderkammern diskutiert wurde. Dabei hat sich heraus gestellt, dass diese in Bezug auf Kosten – Nutzen keine guten Erfahrungen gemacht haben und von Liveübertragungen wieder abgegangen sind. Der Präsident betont, dass die Vollversammlungen öffentlich sind und somit jede/r ArbeitnehmerIn die Möglichkeit geboten wird die Diskussionen im Saal mit zu verfolgen.

**Kludak** gibt bekannt, dass die Fraktion FCG/ÖAAB gegen die empfohlene Ablehnung des Antrages der GLB ist.

#### **GLB-Antrag 4 an die 157. Vollversammlung der AK Wien**

**Die 157. Vollversammlung der AK Wien beschließt, dass künftige Vollversammlungen live im Internet übertragen werden.**

**Begründung:**

Die Vollversammlungen der AK Wien sind öffentlich. Die Liveübertragung der Vollversammlungen ermöglicht einem größeren Kreis von AK-Mitgliedern, diese auch zu verfolgen. Wichtige Ausschnitte können zudem auf der HP der AK Wien veröffentlicht werden.

**Beschluss:**

**Weder AKG noch GO der AK Wien enthalten Regelungen zu Film- bzw Tonaufnahmen in der Vollversammlung.**

**Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass das Interesse der Mitglieder an der Liveübertragung der Vollversammlung so gering ist. Das Interesse war so gering und die Zugriffszahlen so niedrig, so dass die Liveübertragung wieder eingestellt wurde.**

**Daher wird die Ablehnung des Antrags empfohlen.**

**→ mehrheitlich angenommen (gegen ÖAAB und GLB)**

## **2.2 Budgetvoranschlag 2013**

**Muhm** verweist auf das umfangreiche Zahlenwerk und berichtet über den Voranschlag 2013:

Zu Pkt.1 "Einnahmen aus Kammerumlagen" berichtet Muhm, dass das AUA-Bodenpersonal zu Tyrolian übergeht und somit in die Zuständigkeit von NÖ fällt und es hier dadurch weniger Einnahmen aus KU geben wird. Dennoch rechnet man mit den budgetierten 92,5 Mio € KU. Bezüglich "Sonstige Erträge" ist anzumerken, dass sich die Mieterträge reduzieren werden, da darin der Baurechtzins für die AK Liegenschaft auf dem das geleaste Gebäude steht steckt. Der Baurechtzins für die Liegenschaft wird im Ausmaß des neu zu bauenden Bürogebäudes in der Plößlgasse 2 reduziert. Bezüglich der Ausgaben geht Muhm nur auf jene Posten ein, wo eine Abweichung gegenüber dem VA 2012 feststellbar ist:

5.1.1 Rechtsberatung-Arbeitsrecht: hier wurde mehr budgetiert, da in der letzten Vollversammlung ein neues Rechtsschutz-Regulativ beschlossen wurde.

5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz: Das Budget wurde leicht angehoben, da eine Ausweitung der Überprüfungen der Betriebe vorgesehen ist.

5.1.3 Sozialversicherung: Hier ist die Registrierung der Gesundheitsberufe enthalten.

5.1.3 Arbeitsmarkt: Die starke Anhebung ergibt sich durch die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage. Da 2013 die Höchstbeitragsgrundlage zur SV angehoben wird und dadurch die KU steigen werden, hat der BAK Vorstand beschlossen, die KU-Mehreinnahmen (geschätzte 1,3 Mio € bundesweit) in den nächsten 3 Jahren zu gleichen Teilen Arbeitsmarkt fördernden Maßnahmen und VKI zur Verfügung zu stellen – sozusagen als Beitrag der AK zum Sparpaket.

5.2.1 Wirtschaftswissenschaft: Hier wird man sich im Jahr 2013 intensiver mit Studien befassen. In Vorbereitung sind bereits 7 Studien, daher die starke Budgetanhebung.

5.2.4 Kommunalpolitik: Die Abteilung hat seit kurzem einen neuen Abteilungsleiter, der auch einige Aktivitäten einschließlich Publikationen für 2013 plant, daher wurde auch hier das Budget erhöht.

5.3.2 Arbeitswelt und Schule: Hier soll ein Projekt „Musterschule“ mit einer Kooperation auf ca 3 Jahre unterstützt werden, daher ist hier eine Budgeterhöhung von € 100.000 vorgenommen worden.

5.3.3 Service und Information: Auch hier wurde das Budget für Veranstaltungen vorbereitend auf die AK Wahl angehoben.

5.3.4 Bibliothek: Das Budget wurde um € 80.000 angehoben. Auch hier gibt es eine neue Abteilungsleiterin. Vorgesehen ist, den Sektor „ebook“ auszubauen.

5.5 Fachausschüsse: Hier wurde das Budget deutlich angehoben, da es einen neuen Fachausschuss „Bewachung und Sicherheit“ gibt. Weiters ist ein neues Projekt „Lehrabschlussprüfungen“ geplant, um die Zahl der zur Lehrabschlussprüfung Antretenden und sie auch positiv Bestehenden zu erhöhen.

5.6.8 Ehrung von Arbeitsjubilaren: Es gab heuer erstmalig eine Einladung der Arbeitsjubilare ins Theater Akzent. Diese Veranstaltung war ein voller Erfolg und soll nun weitergeführt werden.

6.1.7 Betriebsaufwand Beratungszentrum Ost: Hier wird im Voranschlagsbericht für den Vorstand in der „Ist-Spalte 2012“ das Budget bereits als überschritten ausgewiesen. Das ergibt sich dadurch, weil hier unterjährig diverse Zahlungen an Architekten, Umbaukosten etc zu gebucht wurden, die zum Jahresende als Investitionen in das Anlagevermögen umgebucht werden. Daher wird es sich hier keine Budgetüberschreitung 2012 ergeben.

6.3.1 Instandhaltung Büromaschinen: Die starke Erhöhung des Budgets resultiert daraus, dass die Wartungskosten des hausinternen Kopierer in der Druckerei mit der Auslastung steigen. Es ist vorgesehen, dass der Wartungsvertrag nun überprüft wird.

7.5 Pensionen für Präsidenten: Hier ist bereits die Pension von Präsident Tumpel berücksichtigt, der – wie erwähnt rund um seinen 65. Geburtstag in Pension gehen wird.

Bezüglich der "BAK Finanzierung" erwähnt der Direktor die Anhebung um gesamt 1,3 Mio € wegen Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage ab 2013 und verweist auf seine bei Pkt. 5.1.3. ausgeführte Begründung. Eingespeist wurde auch bereits 1,2 Mio € für diverse Marketingaktivitäten für eine BAK-Kampagne, zumal vorgesehen ist die bereits laufende Kampagne in ähnlicher Form weiter zu führen. Bezüglich der Investitionen erinnert der Direktor an den Neubau des Bürogebäudes Plößlgasse 2. Nach einer Jurysitzung am 10.10.2012 soll im Bauausschuss ein Beschluss gefasst werden.

Auf Frage von **Pörtl** nach dem projektierten Verbrauch der mit € 600.000,-- dotierten „sonstigen Kulturförderung“, welche bislang nur mit € 230.934,55 ausgeschöpft wurde, erklärt **Muhm**, dass das „Projekt Regalität“ (Fassade AKzent) aus diesem Budget bestritten wird. **Fetik** gratuliert zum „Gender-Budgeting“ und ersucht auch die Inanspruchnahme der „telefonischen Beratung“ gegendert aufzunehmen, was von **Kundtner** und **Muhm** für einen bestimmten Beobachtungszeitraum von 2 bis 3 Wochen auch zugesagt wird. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Frauen sehr oft Auskünfte für Männer verlangen, somit die Anzahl der „Frauen-Anrufe“ allein wenig aussagekräftig ist.

**Pörtl** erklärt, dass sich die FCG/ÖAAB-Fraktion der Stimme enthalten wird, da der Voranschlag noch im Kontrollunterausschuss zu diskutieren ist.

**Beschluss:**  
**Der Vorstand der AK beschließt den schriftlich vorliegenden Voranschlag 2013 der 158. Vollversammlung am 17.10.2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.**  
**→ mehrheitlich angenommen (Stimmenthaltung von ÖAAB)**

### 2.3 Subventionen 2012

Nr	Antragsteller	gefördert 2011	neuer Antrag 2012	Beschluss
1	Kath ArbeitnehmerInnen – Bewegung der Erzdiözese Wien	2.200,00 €	2.550,00 €	<b>2.200,00 €</b>
<b>→ einstimmig angenommen</b>				

Nr	Antragsteller	gefördert 2011	neuer Antrag 2012	Beschluss
2	Netzwerk Soziale Verantwortung	3.500,00 €	6.048,00 €	<b>3.500,00 €</b>
<b>→ RÜCKSTELLUNG</b>				

Nr	Antragsteller	gefördert 2011	neuer Antrag 2012	Beschluss
3	Arbeitskreis Dr Benedikt Kautsky	2.000,00 €	2.000,00 €	<b>2.000,00 €</b>

4	Kulturrat Österreich	2.500,00 €	2.500,00 €	<b>2.500,00 €</b>
5	Lois Weinberger Institut	5.000,00 €	6.500,00 €	<b>5.000,00 €</b>

→ einstimmig angenommen

## 2.4 Zuwendung nach § 6 AKG – Unterstützung an Gewerkschaft PRO-GE und ÖGB, Mietverträge Beratungszentren

Derzeit werden folgende Räumlichkeiten in den Beratungszentren der AK Wien vermietet:

<u>Beratungszentren</u>	<u>Fläche</u> (zuzügl. Allgemeinfl.)	<u>Mieter</u>	<u>bisherige Miete mtl.</u>
BZ Ottakring	rd 14 m <sup>2</sup>	an ÖGB	rd € 240
BZ Liesing	rd 67 m <sup>2</sup>	PRO-GE	rd € 303
BZ Kagran	rd 13 m <sup>2</sup>	PRO-GE	neu

### **Beschluss:**

**Ab 1. Jänner 2013 werden die og Räumlichkeiten jeweils zum einheitlichen Preis von € 100 pro Monat inkl Betriebskosten, umsatzsteuerfrei vermietet. Die Indexanpassung erfolgt bei 5%-igen Abweichungen.**

→ einstimmig angenommen

## 2.5 Einzahlung in die Pensionskasse

**Muhm** berichtet nach der den Vorstandsmitgliedern zugegangen schriftlichen Vorlage:

Der Jahresbeitrag an die Pensionskasse der AK Wien wurde im Voranschlag 2012 in derselben Höhe wie 2011 mit € 3.300.000 angesetzt. Der tatsächlich zu bezahlende Beitrag an die Pensionskasse hängt jeweils von deren Vorjahres-Performance ab. Diese betrug im Jahr 2011 -0,35%. Um den im Vorjahr erreichten Deckungsgrad von 72,15% zu halten, müsste daher für 2012 ein Beitrag von € 6.783.700 bezahlt werden.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquidität der AK Wien wäre es sinnvoll, den Deckungsgrad bei der Pensionskasse mit einer zusätzlichen Aufzahlung von € 2.369.658 auf 75% aufzustocken. Dadurch kann man die Nachschusspflicht, die die AK Wien in der Zukunft treffen wird, verringern.

Während die Pensionskassen der AK im heurigen Jahr bereits per Juli eine Performance 3,38% erreichten (und die Prognose für das zweite Halbjahr 2012 aus heutiger Sicht jedenfalls nicht negativ ist), kann die AK Wien gegenwärtig ihr Geld am Kapitalmarkt (bei einer 12-monatigen Bindung) durchschnittlich mit nur 1% veranlagen.

Da die Pensionskassen also derzeit bessere Renditen erzielen als dies der AK Wien möglich wäre, empfiehlt es sich, die Zahlung von € 9.153.358 an die Kassa ehebaldigst zu leisten.

Zum 31.12.2011 betrug das von den Pensionskassen für die AK Wien verwaltete Vermögen rd 66,1 Mio €. Davon hat die AK Wien im Laufe der Jahre rund 55,7 Mio € selbst in die Pensionskassen einbezahlt und damit einen Deckungsgrad von 72,15% der Rückstellungsverpflichtung für die anwartschaftsberechtigten MitarbeiterInnen erreicht. Die Pensionskassen der AK haben in den letzten 13 Jahren, also seit Errichtung dieser Risiko- und Veranlagungsgemeinschaft, rund 10,4 Mio € für sie erwirtschaftet und damit eine durchschnittliche Performance von 3,5% p.a. erreicht.

Heuer wollen wir einen Deckungsgrad von 75% erreichen. Hierfür ist ein Jahresbeitrag iHv € 9.153.358 zu zahlen.

Zusätzlich soll der Verkaufserlös des KWBH iHv € 2.300.000 in die Pensionskasse eingezahlt werden.

**Beschluss:**

**Der Vorstand der AK beschließt im Sinne der ob zitierten schriftlichen Vorlage im Jahr 2012 rd 9,2 Mio € in die Pensionskasse einzuzahlen. Damit wird der derzeitige Deckungsgrad von 72,15% auf 75% angehoben.**

**→ einstimmig angenommen**

## **2.6 Tagesordnung für die 158. VV am 17.10.2012**

**Beschluss:**

**Es wird folgende Tagesordnung für die 158. Vollversammlung am 17.10.2012 beschlossen:**

- 1 Eröffnung und Begrüßung**
- 2 Angelobungen**
- 3 Wahlen**
  - 3.1 Nachwahl eines Vizepräsidenten**
  - 3.2 Nachwahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes im Kontrollausschuss**
  - 3.3 Nachwahl eines Ersatzmitgliedes im Petitionsausschuss**
- 4 Bericht des Präsidenten**
- 5 Anträge**
- 6 Budgetvoranschlag für das Jahr 2013**
  - 6.1 Bericht des Direktors**
  - 6.2 Bericht des Kontrollausschuss-Vorsitzenden**
- 7 Bericht des Kontrollausschusses**
- 8 Bericht des Direktors**
- 9 Allfälliges**

**→ einstimmig angenommen**

## **2.7 Einrichtung eines neuen Fachausschusses „Bewachung und Sicherheit“ (VIDA)**

Die Gewerkschaft VIDA ersucht um Einrichtung eines neuen Fachausschusses „Bewachung und Sicherheit“, um auch in diesem Bereich eine bestmögliche Betreuung der ArbeitnehmerInnen hinsichtlich der Schwerpunkte Entwicklung der Berufsbilder, branchenbezogene ArbeitnehmerInneninformation, Planung und Durchführung von Schulungs- und Weiterbildungsangeboten und die Ausarbeitung tragfähiger Gender-Konzepte in den betroffenen Bereichen zu gewährleisten.

Entgegen der von der Wirtschaftsseite permanent geforderten Änderungen und Ausweitungen der Berufsfelder und Tätigkeitsbereiche ohne entsprechende Ausbildungsmaßnahmen soll der Kampf um höhere Qualifikationen durch dieses Gremium abseits und außerhalb der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen geführt und eine überbetriebliche Plattform gebildet werden. In regelmäßigen Fachausschuss-Sitzungen soll mit den BetriebsrätInnen aus den Bereichen beraten werden.

**Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt gemäß § 58 Arbeiterkammergesetz die Einrichtung eines neuen Fachausschusses „Bewachung und Sicherheit“ ab 01.11.2012. Die Zusammensetzung des neuen Fachausschusses wird in einer der nächsten Sitzungen des Vorstands der AK Wien beschlossen.**

**→ einstimmig angenommen**

## **2.8 Neuvergabe des Herstellungsvertrages AK FÜR SIE**

AK FÜR SIE wird von der Druckerei Leykam Graz hergestellt. Der Vertrag basiert auf einer Ausschreibung aus 2009, wurde ausschreibungskonform zweimal verlängert und endet mit der Herstellung von Heft 12-1/2013. Er umfasst die Herstellung (Druckvorstufe, Druck), den Versand und die Übernahme einzelner verlegerischer Agenden.

Der Vertrag muss auf Grundlage des Bundesvergabegesetzes neu ausgeschrieben werden, notwendig ist eine EU-weite Ausschreibung.

Die Herstellungskosten aus diesem Vertrag betragen 2013 voraussichtlich zwischen netto 600.000 und 800.000 Euro, abhängig von der tatsächlichen Auflage und dem Einsatz eines kartonierten Umschlags (Flappe).

Leistungsverzeichnis und alle anderen Teile des Leistungsvertrages sollen so ausgeschrieben werden wie sie derzeit bestehen. Die Vorgangsweise entspricht dem Bundesvergabegesetz und den Empfehlungen des Bundesvergabeamtes.

Im Falle eines regelkonformen Verfahrens und korrekter Angebote soll im November dem Bestbieter der Zuschlag erteilt werden. Die Kriterien für die Ermittlung des Bestbieters sind zu 80 Prozent der Preis, zu je 10 Prozent die Kürze der Produktionszeit und die Produktionsqualität.

**Beschluss:**

**Der Vorstand beschließt den Vertrag über Herstellung, Vertrieb und verlegerische Leistungen für die Zeitschrift AK FÜR SIE neu auszuschreiben und an den Bestbieter zu vergeben.**

**→ einstimmig angenommen**

## **3 Berichte**

### **3.1 Bericht des Präsidenten**

**Tumpel** geht einleitend auf die im September wieder deutlich gestiegene Arbeitslosigkeit ein. Die bereits monatelange Steigerung der Arbeitslosigkeit muss die Politik aufrütteln, auch wenn der Arbeitsmarkt im EU-Vergleich noch sehr gut dasteht. Es gibt daher für die AK ein wichtiges Thema für das nächste Budget: Beschäftigung schaffen und Beschäftigung sichern. Das muss im Budget 2013 der Schwerpunkt sein, weil wir sonst eine weitere und deutliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit erleben werden. Der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen, bei Menschen mit schlechter Berufsausbildung und gesundheitlich beeinträchtigten ArbeitnehmerInnen muss mit Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen abgefedert werden. Ein wichtiges Thema ist dabei die Forcierung der Facharbeiterausbildung. Nach einem Hinweis auf die Causa Pensionen betont der Präsident, dass die aktuelle Erhebung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) über Höhe und Verteilung der

Vermögen in Österreich auf seriöser Grundlage das enorme Ausmaß der Ungleichheit der Verteilung von Vermögen in Österreich bestätigt. Die AK setzt sich deshalb über alle Fraktionsgrenzen hinweg vehement für eine klare Politik der gerechteren Verteilung des Wohlstandes ein und sieht sich durch die neuen Zahlen bestätigt.

Abschließend verweist **Tumpel** auf das hohe Ausschüttungsvolumen der ATX-Unternehmen. Drei Viertel der ATX Unternehmen steigern ihre Dividende, im Durchschnitt sogar um 15 Prozent. Der Präsident fordert vehement, dass die Gewinne künftig als Zukunftssicherung im Konzern gehalten werden. Denn gerade in wirtschaftlich instabileren Zeiten ist es wichtig zu investieren und darauf zu achten, dass genügend Reserven vorhanden sind, um die Unternehmen nachhaltig abzusichern. Den Großteil des Gewinns an die Aktionäre auszuschütten ist dagegen kontraproduktiv.

**Fetik** betont, dass allen klar sein muss, dass es auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes ankommt, wie zukünftige Pensionen aussehen werden, sieht darin auch eine ganz zentrale verteilungspolitische Frage und wendet sich gegen die nun wieder offensiver auftretende Werbung für eine private Vorsorge, denn diese fördert bekanntlich nur begütete Menschen.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.2 Bericht des Direktors - Muhm**

**Muhm** informiert, dass der Kaufvertrag zum Verkauf des Karl-Weigl-Bildungshauses bereits unterschrieben wurde. 2,3 Mio € liegen bereits auf einem Treuhandkonto. Käufer ist die IG-Immobilien. Die 2,3 Mio € sollen auch in die Pensionskasse einbezahlt werden. Weiters macht der Direktor auf die beiliegende Unterlage über die Eröffnung des neuen Beratungszentrum Ost am 14. September 2012 aufmerksam.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.3 Beratung – Trenner (entschuldigt)**

Auf den schriftlichen Bericht über die Eröffnung des Beratungszentrums Ost hat **Muhm** in seinen Ausführungen hingewiesen.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**

**Aschauer-Nagl** erinnert, dass im Sommer Frau Bundesministerin Claudia Schmid gemeinsam mit den Schulpartnern, sowie mit den Bildungssprechern der Regierungsparteien ein „Optionenmodell“ für die Einführung der teilzentralen kompetenzorientierten Reifeprüfung (AHS) beziehungsweise Reife- und Diplomprüfung (BHS) bekanntgab. Damit wurde seitens des Unterrichtsministeriums auf die Bedenken der Schulpartner bzw. einzelner Schulstandorte reagiert. Die AK Wien hat das Optionenmodell in einer Presseaussendung grundsätzlich positiv beurteilt, da bei den unmittelbar betroffenen SchülerInnen durch eine längere Vorbereitungszeit der Umstellung die aktuell wahrnehmbare Verunsicherung vermindert werden kann. Dass die Einführung der neuen teilzentralen kompetenzorientierten Reifeprüfung bzw. Reife- und Diplomprüfung überaus positiv ist, egal ob nun ein Jahr früher oder später, wird voll von der AK Wien erneut festgehalten.

Bezugnehmend auf eine Evaluierung der Berufsorientierungsmaßnahmen stellt die Bereichsleiterin mit Hinweis auf die schriftlich vorliegende Unterlage fest, dass das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung des Berufsorientierungsunterrichts ist gestiegen ist, jedoch die Forderungen der Sozialpartner und insbesondere der AK noch nicht zu Gänze umgesetzt sind. Gerade die Mängel bei

der Umsetzung des standortbezogenen Konzepts zur Umsetzung der Berufsorientierung, verdeutlichen die Notwendigkeit einer verbesserten Ausbildung der LehrerInnen an den Pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten.

Mit Bedauern stellt **Aschauer-Nagl** fest, dass nun ab diesem Wintersemester an acht von 21 Universitäten nach Senatsbeschluss und ohne klare gesetzliche Grundlage wieder Studiengebühren eingehoben werden, nachdem der Verfassungsgerichtshof (VfGH) Ende Juni 2011 die Studiengebühren-Regelung des Universitätsgesetzes wegen zu unpräziser Bestimmungen aufgehoben und eine Reparaturfrist bis Ende Februar 2012 eingeräumt hat, jedoch eine politische Lösung auf Regierungsebene nicht möglich war. Aus Sicht der AK ist es jedenfalls problematisch, wichtige bildungspolitische Entscheidungen an ein Gericht auszulagern. Nach wie vor wird im Interesse der Studierenden und der Universitäten eine klare gesetzliche Regelung als nötig erachtet.

**Kludak** bedankt sich für die von **Aschauer-Nagl** im letzten Vorstand avisierte und nun per Mail zugesandte Unterlage über "Personen ohne positiven Pflichtschulabschluss in Österreich".

Eingehend auf Kommunales verweist **Aschauer-Nagl** auf die Unterlage zum Stadtentwicklungsplan (STEP) 2014, in dem es für die AK neben den allgemein gültigen Zielvorstellungen einer ressourcenschonenden, umweltfreundlichen und sozial verträglichen künftigen Stadtentwicklung um die Vorsorge und qualitative Abdeckung des künftig zu erwartenden neuen Wohnbedarfs, der Entwicklung und Verbesserung des Wirtschaftsstandorts unter besonderer Berücksichtigung der Qualitäten für ArbeitnehmerInnen sowie um die Entwicklung von Kooperationsmodellen zwischen Stadt Wien und der Ostregion geht. Abschließend macht die Bereichsleiterin auf die interessanten städtebaulichen Akzente durch Headquarter-Projekte aufmerksam.

Im Konsumentenschutz gewinnt, wie **Aschauer-Nagl** erklärt, die rasant zunehmende Smartphone-Benutzung (mit diversen vom Netz zu ladenden "Apps") immer mehr an Bedeutung und hat in vielen Teilbereichen für die BenutzerInnen oft ungewollte Folgen. Deshalb hat die AK die österreichische Akademie der Wissenschaften (Institut für Technologiefolgenabschätzung) mit einer Studie über die Überwachungsrisiken von Handynutzern beauftragt. Die Studie zeigt die sozialen und datenschutzrechtlichen Folgen der massenhaften Nutzung von personenbezogenen Ortungsdaten über Smartphones auf. Sie kritisiert das intransparente Datensammeln für Marketingzwecke, die „serviceorientierte“ Überwachung der Bevölkerung und warnt vor neuen Abhängigkeitsverhältnissen (etwa gegenüber Versicherungen, die „Tempo-Apps“ bei Autofahrern forcieren könnten). Die AK-Studie wurde im August im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert und von reichweitenstarken Medien (zB ORF ZIB u. Wien Heute, Krone) aufgegriffen, leistet einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung bei den KonsumentInnen, wird im Herbst in einer AK-internen Veranstaltung breiter diskutiert und dient als Basis, die AK-Forderungen nach mehr Schutz für Verbraucher vor „datengierigen“ Handy-Apps an die EU-Kommission heranzutragen. Ihren Bericht abschließend verweist die Bereichsleiterin auf die Halbjahresstatistik 2012 über die Konsumentenberatung und Klagsaktivitäten.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

### 3.5 Information - Ficzkó

Gestützt auf eine aktuelle Untersuchung der Abteilung Betriebswirtschaft gibt **Ficzkó** bekannt, dass von einer Krise in der österreichischen Metallindustrie keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Die bereits im Jahr 2010 guten Gewinne konnten 2011 noch um 7,2 Prozent gesteigert werden. Dies zeigt eine aktuelle Analyse der Arbeiterkammer zur Lage in 149 Unternehmen der Metallindustrie. Leider lassen die Unternehmen lieber die Aktionäre abkassieren statt zu investieren und den Beschäftigten einen

Anteil zu geben. Gerade in Zeiten einer unsicheren Lage auf den Weltmärkten schaffen höhere Investitionen und Löhne Nachfrage und Beschäftigung, von denen die Gesamtwirtschaft profitiert. Aktuell macht der Bereichsleiter auf die Veranstaltung für Arbeitsjubilare im Theater AKzent aufmerksam, freut sich über die Ehrung der SOZAK auf der Frankfurter Buchmesse für die Zusammenarbeit mit der internationalen ArbeitnehmerInnen-Akademie, erwähnt die Auszeichnung von Fachausschüssen durch den Anton Benya-Preis zur Förderung der Facharbeit und betont, dass die Ausschreibung für die BRAK an alle Gewerkschaften gegangen ist.

**Fetik** berichtet von drei Kolleginnen, die von der BRAK-Ausbildung ganz begeistert waren und **Brandtner** bedankt sich für die Branchenanalyse Handel der Abteilung Betriebswirtschaft. Die Branchenanalyse wird bei einer „Kick-off-Veranstaltung“ zu den Lohnverhandlungen vorgestellt werden.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

### **3.6 Soziales – Kundtner**

Einleitend berichtet **Kundtner** über die Erfolge der AN-Kurie im Förderausschuss des AMS-Verwaltungsrates 2011. Der Förderausschuss ist verantwortlich für die Genehmigung der in Bezug auf Budgetaufwand und TeilnehmerInnenzahl wichtigsten Förderprojekte, für die qualitative Weiterentwicklung der Förderinstrumente und die Entwicklung neuer Ansätze sowie deren Evaluierung. Der Schwerpunkt dabei liegt auf den laufenden Anpassungen der Förderrichtlinien. Im letzten Jahr konnten viele sozialpolitisch relevanten Erfolge von den VertreterInnen der AN Kurie erzielt werden, welche die Situation am Arbeitsmarkt bzw der Arbeitssuchenden deutlich verbesserte: Erhöhung der Einkommensgrenzen für Arbeit Suchende und ArbeitnehmerInnen um 15% bei Förderungen zur Unterstützung des Wiedereinstiegs (zB Kinderbetreuungsbeihilfe, Übersiedlungsbeihilfe), Weiterentwicklung der Qualitätskriterien bei der Vergabe von Bildungsmaßnahmen, KV Erhöhungen gem BABE KV können bei der Abrechnung von Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden, Verlängerung der Reklamationsfristen sowie Einführung einer verschuldensabhängigen Zinsregelungen (im Gegensatz zu über ABGB Maß hinausgehende Verzinsung bei Rückforderungen wie von BMF gefordert) bei der Abrechnung von Kursmaßnahmen, Ausweitung von Arbeitstrainings und Arbeitserprobungen im arbeitsrechtlichen Graubereich verhindert sowie Entscheidungsrechte des Regionalbeirats über die Förderung verankert, Schwerpunktsetzung auf Ältere, Frauen und MigrantInnen bei der Flexibilitätsberatung (zur Unterstützung der Personalentwicklung in Unternehmen, bei der Betriebsräte verpflichtend miteinbezogen sind) sowie die Verankerung des zusätzlichen Beratungsschwerpunktes Equal Pay, Verankerung zusätzlicher missbrauchsverhindernder Förderbedingungen bei der Förderung von Ein Personen Unternehmen (gefördert wird die Begründung des ersten Dienstverhältnisses), Verankerung strenger Prüfkriterien und diverser qualitätsorientierter Auflagen (zB Betreuung der TN nur durch Träger) bei sensiblen Pilotprojekt Tandem, das die Zusammenarbeit gemeinnütziger und gewerblicher Arbeitskräfteüberlasser vorsieht, Maßnahmen zur Abfederung der negativen Wirkungen des Stabilitätsgesetzes in der Arbeitsmarktförderung, sowie Initiierung einer Diskussion über eine Anhebung der Mindestunterstützung.

Anschließend geht die stellvertretende Direktorin auf eine Novelle zum Arbeitskräfteüberlassungsgesetz ein. Studien der AK haben gezeigt, dass Leiharbeitskräfte relativ häufig armutsgefährdet sind. Dies liegt vor allem an der regelmäßigen Unterbrechung der Erwerbverläufe durch Arbeitslosengeldbezug. Auch in anderen Bereichen zeigten die Studien Schlechterstellungen, wie etwa bei den konkreten Arbeitsbedingungen (Leiharbeitskräfte bekommen häufig die unangenehmsten Arbeiten zugewiesen; sie sind häufig mit einem wechselnden Arbeitsumfeld konfrontiert), bei der Weiterbildung und bei der Gefährdung durch Arbeitsunfälle. Eine

EU-Richtlinie aus 2008 sieht bestimmte Mindeststandards für Leiharbeitskräfte vor. Diese Richtlinie war bis 5.12.2011 in innerstaatliches Recht umzusetzen. Österreich ist hier säumig. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die jahrelangen Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern nicht erfolgreich waren. Im Frühjahr hat das BMASK daher einen Gesetzesentwurf zur Begutachtung ausgeschickt. Dieser fand keine Zustimmung auf Seiten der Arbeitgeber. In mühsamen weiteren Gesprächsrunden konnte aber letztendlich eine Einigung erzielt werden, die am 4.9.2012 den Ministerrat passierte. Kernpunkt des nunmehr vorliegenden Gesetzesentwurfes ist die Einrichtung eines Sozial- und Weiterbildungsfonds zum Zweck der Unterstützung von Leiharbeitskräften in überlassungsfreien Zeiten sowie weitere relevante Bestimmungen, die der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Unterlage zu entnehmen sind. Die Novelle enthält viele Verbesserungen für Leiharbeitskräfte. Dies betrifft insbesondere bessere Unterstützung für „Stehzeiten“, den Bereich Weiterbildung, erweiterte Informationsrechte, besserer Schutz vor Diskriminierung sowie Gleichstellung bei Wohlfahrtsmaßnahmen. Auf die EU-Richtlinie gestützte Forderungen der Arbeitgeber auf Überprüfung bzw Beseitigung von Bestimmungen, die eine Beschränkung der Leiharbeit vorsehen (Möglichkeit des Ministers Leiharbeit unter bestimmten Voraussetzungen mittels Verordnung zu begrenzen; prozentuelle Beschränkungen bei Gesundheitsberufen) sind im geplanten Gesetz nicht enthalten. Die Novelle ist daher als wesentlicher Schritt in Richtung Beseitigung der bei Leiharbeit auftretenden Probleme zu beurteilen. Offen bleibt jedoch die konkrete Ausgestaltung der vom Fonds zu erbringenden Leistungen und bei einigen Bestimmungen wird erst die Praxis zeigen, inwieweit sie auch tatsächlich gelebt werden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

### 3.7 Wirtschaft – Chaloupek (entschuldigt)

**Tumpel** verweist auf von Chaloupek vorbereiteten und an alle Vorstandsmitglieder versandten schriftlichen Unterlagen.

→ Die schriftlichen Berichte werden zur Kenntnis genommen.

### 4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Tumpel** die Sitzung um 16:22 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll